

Pressemitteilung

Lübbenau/Spreewald, 16. September 2019

30/2019

DStGB

- **Erwartungen an das Klimakabinett: Kommunale Potentiale heben**
- **„Investitionsfonds Kommunalen Klimaschutz“ auflegen**
- **Eigenverantwortung stärken - Soziale Balance wahren**

Deutschland wird seine Klimaschutzziele nur mit einem grundlegenden Strategiewandel und nicht durch unkoordiniertes „Klein-Klein“ erreichen. Der Wandel muss angesichts des Anteils am CO₂-Ausstoß in Deutschland von „nur“ 2,23 Prozent EU-weit sowie global abgestimmt werden. Es gilt: Ein effizienter Klimaschutz wird nur mit den Kommunen gelingen.

„Die bisher von den Koalitionsfraktionen diskutierten Vorhaben zum Klimaschutz greifen zu kurz. Der DStGB erwartet, dass die vom Klimakabinett am 20. September 2019 beschlossenen Maßnahmen die großen Potentiale der Kommunen heben. Dazu ist ein vom Bund mit finanzierter ‚Investitionsfonds Kommunalen Klimaschutz‘ nötig“, erklärte der Vorsitzende des DStGB-Ausschusses für Städtebau und Umwelt, **Bürgermeister Arpad Bogya**, Isernhagen, bei der heutigen Sitzung des Ausschusses in Lübbenau/Spreewald.

Die über 11.000 Kommunen in Deutschland sind beim Klimaschutz und der Klimaanpassung Hauptakteure. Sie sind nicht nur im ständigen Dialog mit ihren Bürgern. Sie tragen auch die Verantwortung für eine klimagerechte Mobilität und sie steuern über ihre Bauleitplanung den Ausbau erneuerbarer Energien, wie der Windenergie. Auch senken sie über eine Sanierung ihrer 186.000 Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäude und ihrer 1,6 Millionen kommunalen Wohnungen den Energieverbrauch. Schließlich tragen

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Alexander Handschuh

Städte und Gemeinden mit der Schaffung „Grüner Lungen“ und Wasserreservoirs zunehmenden Hitze- und Dürreperioden Rechnung. Klimaschutz ist in den Kommunen keine neue Aufgabe. Bisher wurden schon viele Projekte umgesetzt. So hat allein die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums in zehn Jahren 12.500 Projekte in mehr als 3.450 Kommunen mit über 600 Millionen Euro unterstützt. Jetzt gilt es, die Förderung der Kommunen durch den Bund auszuweiten.

Bogya: *„Wir brauchen einen Masterplan Klimaschutz. Nicht reden und kleckern, sondern handeln und klotzen muss es heißen. Dazu bedarf es umfassender Investitionen. Auch müssen innovativ-klimafreundliche Techniken und die Chancen der Digitalisierung stärker genutzt werden. Beim Klimaschutz haben die Kommunen eine Schlüsselrolle. Auch die Beschlüsse des Klimakabinetts sind an der Unterstützung der Kommunen zu messen“.* In Deutschland brauchen wir insbesondere eine Verkehrswende. Diese erfordert einen umfassenden Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs sowie eine bessere Anbindung ländlicher Räume. Ein Mix von umweltfreundlichen Antrieben sowie eine innovative Pkw-Maut, bei der die Höhe vom Schadstoffausstoß, vom Verkehrsaufkommen sowie von Zeit und Ort der Pkw-Nutzung abhängt, kann neben einem intelligenten Umbau der Energiesteuern und Abgaben Teil der Lösung sein. Auch ein innovativer Preismechanismus und ein erweiterter marktwirtschaftlicher Emissionshandel können den Klimaschutz fördern. Kaum gelingen wird angesichts der nötigen Investitionen für den Klimaschutz ein Modell, wonach eingenommenes Geld, etwa über eine CO₂-Steuer, wieder zurückgezahlt wird.

„Denn zur Wahrheit gehört: Klimaschutz kostet zusätzliches Geld und ist mit Belastungen für uns alle verbunden. Öko ja, aber Opfer nein, passt nicht. Zur Erreichung der Klimaschutzziele muss jeder Einzelne beitragen. Das Motto muss lauten: Nicht nur der Politik vorhalten, was sie anders machen soll, sondern auch selbst und eigenverantwortlich klimagerecht handeln“, erklärte der **Umweltdezernent des DStGB, Norbert Portz**. Immer neue Verbote, die Ausrufung von „Klimanotständen“ in Städten sowie Freitagsdemonstrationen allein helfen trotz der erzeugten politischen Aufmerksamkeit nicht weiter. Bei allen Maßnahmen muss zudem die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Ebenso müssen die Maßnahmen zum Klimaschutz für die Menschen sozialverträglich ausgestaltet werden.

„Dies betrifft etwa Pendler, die täglich mangels Alternative auf die Pkw-Nutzung angewiesen sind. Klimaschutz wird nur dann Akzeptanz finden, wenn er die soziale Balance wahrt“, so **Norbert Portz**. Daher ist auch der beschlossene Kohleausstieg nicht nur eine energiepolitische Herausforderung. Vielmehr müssen die Menschen in den Kohlegebieten dauerhaft wirtschaftliche Perspektiven erhalten. Dies erfordert eine Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie. Zur Stärkung wirtschaftlicher Perspektiven in den strukturschwachen Regionen müssen daher die vom Bundeskabinett am 10. Juli beschlossenen Maßnahmen zur „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ schnell umgesetzt werden.